



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 29. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen - Sondersitzung (gemeinsam mit dem Jugendhilfeausschuss) (SW/029/2021)

am Mittwoch, 10. November 2021,

14:30 Uhr

**in der Messe Dresden, Halle 3,
Messering 6, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung: 14:30 Uhr
Ende der Sitzung: 15:25 Uhr

Anwesend:

Stellvertretende/-r Vorsitzende/-r
Dr. Kristin Klaudia Kaufmann

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Tanja Schewe
Tina Siebeneicher

CDU-Fraktion
Ingo Flemming
Daniela Walter

Fraktion DIE LINKE.
Pia Barkow
Christopher Colditz
Leo Lentz

Fraktion Alternative für Deutschland
Uwe Vetterlein
Heiko Müller

Vertretung für Monika Marschner

SPD-Fraktion
Vincent Drews

FDP-Fraktion
Christoph Blödner

Dissidenten-Fraktion
Martin Schulte-Wissermann

Vertretung für Michael Schmelich

Fraktion Freie Wähler Dresden
Torsten Nitzsche

Abwesend:Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Wolfgang Deppe

CDU-Fraktion

Manuela Graul

Fraktion Alternative für Deutschland

Falk Breuer

Monika Marschner

Dissidenten-Fraktion

Michael Schmelich

Verwaltung:

Herr Dr. Bauer Amt 53

Herr Schäfer Amt 50

Frau Scharf Beauftragte für Menschen mit Behinderungen und
Senioren

Frau Lietzmann Kinder- und Jugendbeauftragte

Frau Lemm Amt 51

Frau Großmann Amt 55

Herr Donhauser Beigeordneter für Bildung und Jugend

Gäste:

Frau Hemmann Team Safe Dresden, Straßensozialarbeit für Erwachsene

Herr Beuschel Team Safe Dresden, Straßensozialarbeit für Erwachsene

Frau Haubold Dresdner Pflege- und Betreuungsverein e. V.

Frau Bindrich Frauen für Frauen e. V.

Frau Herpertz Technische Universität Dresden

Frau Kollmer privat

Frau Dr. Cordts privat

Schriftführerin:

Frau Weber SG Stadtratsangelegenheiten

Frau Mildner dito

T A G E S O R D N U N G

öffentlich

- 1** Expertenanhörung zum Antrag A0200/21 "Sozial aus der Krise - Auswirkungen der Corona-Pandemie und des Lockdowns begegnen"

öffentlich

Einleitung:

Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Ladung fest. Sie informiert über die rechtlichen Rahmenbedingungen der öffentlichen Expertenanhörung, über den Ablauf der Sitzung und stellt die geladenen Expertinnen vor. Es gibt keine Gegenrede zu dem Prozedere, sodann eröffnet und leitet Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann die Sitzung.

1 Expertenanhörung zum Antrag A0200/21 "Sozial aus der Krise - Auswirkungen der Corona-Pandemie und des Lockdowns begegnen"

Frau Scharf informiert zu Beginn, dass alle Beauftragten der Landeshauptstadt gemeinsam ein Papier erarbeitet hätten. Sie stellt dieses Papier vor, welches der Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Frau Hemmann bezieht sich in ihrem Vortrag auf das ausgereichte Handout. Dieses wird der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Anschließend schildert **Frau Haubold** ihre Erfahrungen aus Sicht der Seniorenberatung. Ihr Redekonzept ist der Niederschrift beigelegt.

Frau Bindrich referiert mittels einer Präsentation, welche ebenfalls als Anlage der Niederschrift beigelegt ist.

Abschließend legt **Frau Herpertz** die Situation der Studierenden anhand einer Präsentation dar. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Frau Stadträtin Siebeneicher stellt Fragen zu den Themen hygienekonforme Zugänge zu Beratungsleistungen inklusive der Verteilung von Schutzausrüstung, Einbindung der Interessenvertretungen, Angebote zu Notunterbringungen, Lösungsansätze bezüglich der verzögerten Problemwahrnehmung im Zusammenhang mit Kindeswohl, Sucht und psychosozialen Problematiken. Ferner interessiert sie sich für Lösungsansätze im Zusammenhang mit dem Thema Einsamkeit.

Frau Stadträtin Walter spricht die Problematik psychosoziale Beratungsmöglichkeiten an und fragt ebenfalls nach Lösungsansätzen.

Welche Handlungsmöglichkeiten stehen der kommunalen Ebene für den Bereich psychosoziale Beratung und für den Bereich Unterstützungsmöglichkeiten für einkommensschwache Haushalte zur Verfügung, möchte **Frau Stadträtin Barkow** wissen. Weiter fragt sie nach Hilfen für Menschen, die sich nicht impfen lassen können und nach erkennbaren Bedarfen im Zusammenhang mit der vierten Welle.

Frau Scharf stellt klar, dass es wichtig sei, die Interessenvertretungen proaktiv zu nutzen. So könnten die vorhandenen Netzwerke noch besser genutzt werden. Beispielhaft nennt sie die Organisation der Booster-Impfungen, wonach Eingliederungshilfeeinrichtungen hintenanstehen würden. Für den Bereich psychosoziale Beratung im Amt für Gesundheit und Prävention könnte eine bessere finanzielle Flexibilität die Lösung sein. Außerdem müssten die Zielgruppenangebote besser vernetzt sein. Langfristig sei es Aufgabe der Beauftragten, die Gemeinwesenarbeit in den Stadtteilen auszubauen und zu vernetzen, so könnte man dem Problem der Einsamkeit entgegenwirken. Sie geht auf die Stichworte Stadtteilzeitung und Öffentlichkeitsarbeit ein. Abschließend fordert Frau Scharf, dass die bestehenden Angebote gestärkt und die Rahmenbedingungen erfüllt werden.

Die Kapazitäten seien durch die Corona-Pandemie stärker beansprucht worden, so **Frau Hemmann**. Es müssten die Sprechstundenangebote den täglich aktuellen und wechselnden Gegebenheiten angepasst werden. Künftig müssten die Regelungen rund um die Corona-Pandemie klarer kommuniziert werden. In diesem Zusammenhang spricht sie den unzureichenden Zugang zu Medien ihre Klientel an. Unterstützungsbedarf bestehe auch bei den Themen Quarantäne und Einsamkeit, wobei hier geprüft werden müsse, inwieweit Angebote flexibilisiert und weitere Kapazitäten eingeräumt werden könnten. Als Folge der Corona-Pandemie nennt Frau Hemmann den erhöhten Bedarf an psychosozialer Unterstützung, hier seien transparente und zuverlässige Informationen wichtig. Im Weiteren geht Frau Hemmann auf das Thema Sucht und Konsum und die sehr enge Verzahnung mit der prekären Wohnsituation ihre Klientel und die Umsetzung der Vorgaben der Corona-Schutzverordnung, insbesondere während des Lockdowns, und die Notwendigkeit der Tagestreffs ein.

Als Verbesserungsmöglichkeit schlägt **Frau Haubold** eine unkomplizierte Terminvereinbarung mit den Bürgerbüros vor. Bezüglich der Kapazität geht sie auf die Überlastungsgrenze der gerontopsychiatrischen Beratungsstellen und die Wartezeiten für Beratungstermine in ihrer Einrichtung ein. Die Seniorinnen und Senioren würden sich unter Einhaltung aller geltenden Hygienemaßnahmen treffen wollen, allerdings gebe es im Stadtteil Gorbitz keine Seniorenbegegnungsstätte. Eine sorgende Gemeinschaft brauche eine Struktur und hierzu bedarf es personelle und räumliche Kapazitäten.

Zunächst hält **Frau Bindrich** fest, dass das zeitversetzte Hilfesuchen der Charakter einer Krisensituation sei. Für die weitere Planung müsse der steigende Bedarf als Folge der Corona-Pandemie berücksichtigt werden, dies betreffe auch eine Kapazitätserweiterung in der psychosozialen Beratung und für Frauen, die Gewalt erfahren haben. Das Thema Prävention von Gewalt könnte ebenfalls ausgebaut werden, um so rechtzeitig Hilfestellungen anbieten zu können. Personal-mangel in der psychosozialen Beratung sei in ihrem Bereich noch nicht erkennbar. Bezüglich des Themas Einsamkeit würde versucht, alle Angebote und die Infrastruktur aufrechtzuerhalten. Hierzu sei eine angemessene Ausstattung von Schutzausrüstung notwendig, das betreffe auch alle anderen öffentlichen Angebote und Einrichtungen.

Zur Frage nach den Interessenvertretungen antwortet **Frau Herpertz**, dass in den universitären Gremien der Wegfall von Nachrückern ebenfalls eine Folge der Corona-Pandemie sei. Sie wünsche sich mehr Unterstützung für ehrenamtlich Tätige, zum Beispiel der Vereinigung der Dresdner Studentenschaft. Zum Thema Einsamkeit sollten konsumfreie Begegnungsorte geschaffen werden. Im Weiteren berichtet Frau Herpertz von den finanziellen Engpässen und Nöten der

Studierenden. Zur aktuellen Situation sei festzuhalten, dass sich nichts ändere, die wenigen präsenten Angebote würden wieder in digitaler Form durchgeführt.

Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann stellt klar, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung während der Corona-Pandemie nach bestem Wissen und Gewissen agieren und arbeiten. Die gesetzlichen Vorgaben des Bundes und des Freistaates, insbesondere die Corona-Schutzverordnung, sei der Kompass für die Arbeit der Verwaltung. Das Sozialamt und das Jobcenter seien immer offen gewesen und hätten Menschen in Not empfangen. Weiterhin wurden Schutzausrüstungen so gut wie möglich verteilt. Die einzelnen Träger seien im Rahmen ihrer Arbeitgeberfürsorge gefordert, für ihre eigene Mitarbeiterschaft die entsprechenden Materialien zu beschaffen. Der Bund sei gefordert, einkommensschwache Haushalte mit Schutzmaterialien auszustatten. Die Testinfrastruktur solle wieder flächendeckend zur Verfügung stehen, um ein gewisses Maß an Sicherheit für die Bevölkerung zu schaffen. Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann hält fest, dass innerhalb der Verwaltungs- und Netzwerkarbeit immer der Kontakt zu Begegnungs- und Beratungsstätten gehalten wurde. Schließungen von Einrichtungen habe es dann gegeben, wenn die Hygienesicherheitsbestimmungen nicht eingehalten werden konnten. Natürlich existiere der Fachkräfte- bzw. Personalmangel, so Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann, und geht kurz auf die Organisationsstruktur des Amtes für Gesundheit und Prävention ein. Sie merkt an, dass auch die Verwaltung beim Thema Corona-Pandemie lernend sei und es gelte, die Schwierigkeiten zu reflektieren und zu evaluieren. Abschließend geht sie auf die dargestellte Situation von Wohnungslosen ein und erwähnt, dass es in den angebotenen Übernachtungsstätten 20 Prozent freie Kapazitäten gab. Insofern hoffe man, dass während der vierten Pandemie-Welle die Hilfe-, Beratungs- und Unterstützungsangebote gut angenommen werden.

Herr Schöne lobt, dass die durch den Stadtratsbeschluss zur Verfügung stehenden finanziellen Hilfen für Jugendhilfeeinrichtungen geholfen hätten, weiter agieren und die Arbeit fortzusetzen zu können. Außerdem würdigt er die flexible Auseinandersetzung zur Fortführung der Arbeit. Bezüglich des vorliegenden interfraktionellen Antrages A0200/21 merkt er an, dass die veränderten Bedarfslagen bislang nur unzureichend erfasst worden seien. Nun gelte es, die veränderten Bedarfslagen konsequent und systematisch abzufragen und zu erfassen, um dann Rückschlüsse für Planungsprozesse ziehen zu können. Gleichzeitig müsse man sich Gedanken machen, wie die verschiedenen Planungsprozesse innerhalb der Stadt stärker vernetzt werden könnten, um Rückschlüsse für die gesamtstädtische Gesellschaft zu erhalten. Weiterhin fordert Herr Schöne die Entwicklung eines geschäfts- und ämterübergreifenden Konzeptes für künftige Krisen. Die psychosozialen Beratungsmöglichkeiten müssten ausgebaut werden, die derzeitigen Wartezeiten für Betroffene seien unzumutbar.

Frau Stephan stellt fest, dass im Bereich der Jugendhilfe offene Fragen nach sozialräumlicher Struktur bestehen würden, eine bessere Vernetzung wäre wünschenswert. Sie fragt, wie es organisatorisch gelingen könnte, dass alle Akteure im Stadtteilbereich zusammenarbeiten. Zu klären sei, wem gegenüber die Bereitschaft zur Mitarbeit erklärt werden könnte.

Die Corona-Pandemie sei für Alle neu und eine Herausforderung, so **Herr Marschel**. Als Mitglied des Jugendhilfeausschusses lobt er die flexible und lösungsorientierte Zusammenarbeit mit dem Geschäftsbereich Bildung und Jugend. Im Weiteren geht er auf die psychischen Belastungen von Kindern ein. Es gelte, die bestehenden Angebote für Kinder und Jugendliche künftig finanziell abzusichern und auszubauen. Angesichts des Personalmangels im Bereich der psychosozialen

Beratung regt Herr Marschel an, die Corona-Testpflicht für Alle einzuführen. Zum Thema Impfgeschehen sei mehr Flexibilität und Geschwindigkeit wünschenswert.

Abschließend stellt **Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann** den Expertinnen folgende Frage: Wie könnte es besser gelingen, interfachlich und intergenerativ Angebote im Sozialraum zu planen und zu verankern?

Frau Scharf sehe die Beauftragten klar in der Verantwortung, die Vernetzungsfunktion zu übernehmen.

Frau Hemmann habe die Idee, ein flexibel einsetzbares Netzwerk aller Akteure in den jeweiligen Stadträumen zu etablieren, das relativ schnell abrufbar und flexibel einsetzbar sei, die Koordination müsse geklärt werden.

Frau Haubold begrüßt die Idee der Vernetzung und spricht Zielgruppen an, für die eine flexible Raumgestaltung schwierig sei.

Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann dankt den Expertinnen für ihre Vorträge und beendet die Expertenanhörung.

Dr. Kristin Klaudia Kaufmann
Vorsitzende

Kathleen Mildner
Schriftführerin

Daniela Walter
Stadträtin

Vincent Drews
Stadtrat